

Der Zürcher Bote

WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
EU-Vertrag gefährdet Schweizer Strommarkt von Reinhard Wegelin Seite 2

Kanton Zürich
Bewährtes Langzeitgymi sichert Bildungsqualität von Rochus Burtscher Seite 3

Aktuell
Neutralität: Garant für Sicherheit und Stabilität von Valentin Landmann Seite 4

Parlamentsgemeinden
SVP-Zuwachs in der Ustermer Schulpflege von Daniel Schnyder Seite 6

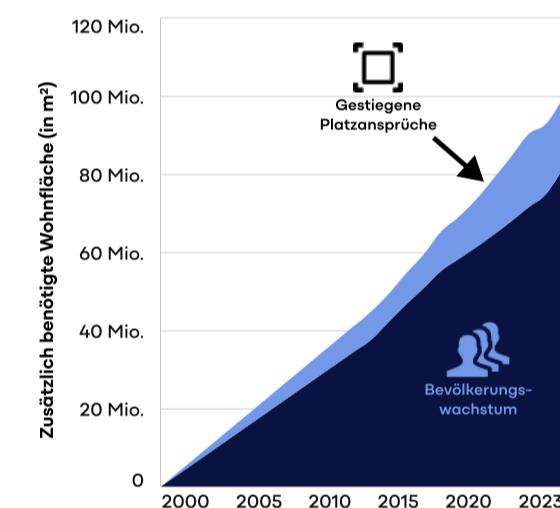
Veranstaltungs-Tipp
Polit-Lunch der SVP Bezirk Andelfingen Seite 5

KANTONALE VOLKSINITIATIVE RECHT AUF HEIMAT – «WOHNIGE FÜR EUISI LÜÜT»

Wohnungsknappheit stoppen heißt Zuwanderung begrenzen!

Diesen Dienstag hat der Vorstand der SVP des Kantons Zürich zuhanden des Sonderparteitages vom 13. August 2025 über die Lancierung der kantonalen Volksinitiative Recht auf Heimat – «Wohnige für eusi Lüüt» befunden. Kantonsrat und Parteipräsident Domenik Ledergerber im Interview.

Zusätzlich benötigte Wohnfläche



Quelle für Zahlenmaterial: BFS, Gebäude- und Wohnungserhebung, GWS, ESPOP/STATPOP

© CC-BY-ND 4.0

**facts⁴
FUTURE**

Seit 2000 bis 2023:

- +18.0 Mio. m² durch gestiegene Wohnfläche pro Bewohner
- +81.8 Mio. m² durch Bevölkerungswachstum
- 82 % der zusätzlich benötigten Wohnfläche wegen Bevölkerungswachstum



Eusi Lüüt haben ein Recht auf Heimat. Wir stellen uns entschieden dagegen, dass die Zürcher Bevölkerung aus der eigenen Heimat verdrängt wird.

Bild: Facts4Future

Weshalb braucht es diese Initiative?
Parteien und Verbände überbieten sich derzeit mit Initiativen und Kampagnen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit. Die Linken setzen auf noch mehr Regulierung, Subventionen und staatliche Eingriffe – Massnahmen, die den Wohnungsmarkt am Ende nur weiter verteuern. Die Wirtschaftsverbände for-

dern: bauen, bauen, bauen. Doch der Einzelne hat vom Zubetonieren und Dichtestress auf Strassen, in Zügen und Quartieren längst genug. Dabei ist die Realität eindeutig: Heute gibt es im Kanton Zürich 31,1 Prozent mehr Wohnungen als vor 25 Jahren – und trotzdem wird Wohnraum immer knapper und teurer.

Der Kanton Zürich verzeichnet jedes Jahr einen Nettozuwachs von über 18 000 Personen direkt aus dem Ausland.

Als wäre dies nicht bereits dramatisch genug: Gleichzeitig sind jährlich über 2400 Schweizerinnen und Schweizer gezwungen, den Kanton zu verlassen, weil sie kein Zuhause für ihre Familie mehr

finden. Dieser schleichende Heimatverlust ist alarmierend – und politisch nicht länger hinnehmbar.

Wieso ist es nicht zielführend, einfach viel mehr Häuser und Wohnungen zu bauen?

Noch mehr bauen? Im Kanton Zürich werden im Durchschnitt über 8000 Wohnungen pro Jahr gebaut. Unsere Kinder sollen jedoch nicht in Betonwüsten aufwachsen, sondern auch noch Natur erleben und einheimische Lebensmittel konsumieren können. Mehr Beton schafft keine Heimat: Immer weiter zu bauen, löst das Problem nicht – es zerstört auf Dauer genau das, was unsere Heimat lebenswert macht.

Wir haben uns immer schon für weniger Regulierungen eingesetzt und befürworten die innere Verdichtung, d.h., dass primär in den Städten mehr Wohnungen gebaut werden. Diese Ansätze sind jedoch nicht die alleinige Lösung, weil sich sogar die Städter dagegen wehren. Ich verstehe die Städter, auch sie haben genug von noch mehr Dichtestress.

Warum koppelt die SVP ihr Begehr an die 10-Millionen-Schweiz? Die Einheimischen brauchen doch jetzt Wohnraum.

Fast alle Probleme, die wir haben, hängen mit der ungebremsten Zuwanderung zusammen. Begrenzen wir endlich diese Masseneinwanderung, wird sich die Wohnungsknappheit in Luft auflösen. Haben wir entsprechend mehr freie Wohnungen, werden diese automatisch wieder bezahlbar. Die Schweizer Bevölkerung stimmte 2014 für eine Kontingentierung der Zuwanderung. Wird dieser Verfassungsartikel endlich umgesetzt, wird unsere Initiative gar nie in Kraft gesetzt und der Dichtestress in der Schweiz wird wieder abnehmen. In diesem Sinne ist unsere Initiative dann auch ein Massnahmenvorschlag für den Bundesrat, wenn die Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz») angenommen und die besagte Grenze überschritten sein wird.

Es liegen bereits diverse Initiativen betreffend Wohnungen und Mieten anderer Parteien und Verbänden vor.

Die rotgrünen Initiativen setzen nicht am Kern des Problems an – der masslosen Zuwanderung. Die Ursache der Wohnungsknappheit für «eusi Lüüt» kann und darf nicht wegdiskutiert werden – es muss eine echte Lösung her. Unsere Initiative ist eine solche, und zwar für «eusi Lüüt», für die wir uns täglich einsetzen. Wir sind überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler dies registrieren und unsere Lösung schätzen, weil sie das Problem an der Wurzel anpackt – und deshalb auch bei den kommenden Wahlen an uns denken werden.

Am 13. August 2025 lädt die SVP des Kantons Zürich zum Sonderparteitag nach Winterthur ein. Dieser bildet den offiziellen Auftakt zum Wahlkampf für die kommunalen Wahlen im Frühjahr 2026 – und markiert zugleich den Startschuss für die Volksinitiative Recht auf Heimat – «Wohnige für eusi Lüüt». Damit setzt die SVP ein starkes Zeichen für eine verantwortungsvolle Wohnraumpolitik, die der einheimischen Bevölkerung wieder eine Perspektive gibt – bevor es endgültig zu spät ist.

Recht auf Heimat – «Wohnige für eusi Lüüt»

Die Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 wird wie folgt geändert:

8. Kapitel: Öffentliche Aufgaben

C. Die Aufgaben

Schutz der Heimat

Art. 110a. Beträgt die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 mehr als 10 Millionen, sind Wohnräume vorrangig zu vermieten an:

- Schweizerinnen und Schweizer,
- Einwohnerinnen und Einwohner, die ihren Wohnsitz während mindestens zehn aufeinanderfolgenden Jahren im Kanton Zürich hatten.)

GOAL GLOSSAR

Q▼ Kampagne

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!
Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@gao.ch, www.gao.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

**ZÜRI
FÜR BLATTEN**

Gletscher-Abbruch von Blatten, 28. Mai 2025

QR-Code scannen & jetzt spenden

**16 betroffene Landwirtschaftsbetriebe,
8 davon verloren sämtliche Gebäude**
Bauernfamilien, die ihre Heimat verloren haben
74 ha verschüttete landwirtschaftliche Nutzfläche

Unterstützen Sie die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe

Das Geschehen in der Gemeinde Blatten im Lötschental macht auch uns fassungslos. Helfen Sie mit einer Spende, dem Verlust der Existenz entgegenzuwirken und unterstützen Sie die direkt betroffenen Landwirtschaftsbetriebe.



Ihre Spende gelangt 1:1 zu den betroffenen Bauernfamilien.

Wir danken Ihnen von Herzen für Ihre Unterstützung.



Christoph
Mörgeli

Rotgrüner Strauss an Steuerideen

«Bekämpfung von Steuerprivilegien» – so lautet eine Forderung, welche sich die SP Schweiz ganz gross auf ihre rote Fahne geschrieben hat. Wobei diese Partei unter «Steuerprivileg» oder «Steugeschenk» so ziemlich jeden Franken versteht, den der Staat den Bürgern nicht wegsteuert. Sie fordert Steuererhöhungen für «hohe Einkommen und Vermögen». Wozu? «Um öffentliche Leistungen zu finanzieren.» Die 13. AHV-Rente müsse über die Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlt werden.

Es sei sofort eine «Finanztransaktionssteuer» zu schaffen, so die SP, um «unproduktive Spekulationsgeschäfte» einzudämmen. Und zwar international, nicht dass sich noch «Steuerschlupflöcher» für die «Spekulanten» finden lassen – etwa die bösen Pensionskassen, an deren Tropf auch die SP-Wähler hängen. Das so gewonnene Geld soll für die «Bildung sowie für die Energiewende» verwendet werden. Damit es umso sicherer in den Taschen der Genossen landet.

Trotzdem verlangen die Sozis auch die «Einführung einer progressiven Kapitalgewinnsteuer» als «Korrektur der Besteuerungslücke» von «Kursgewinnen». Von einem entsprechenden Abzug bei Kursverlusten ist selbstverständlich keine Rede. Die Unternehmenssteuersätze sollen schweizweit «harmonisiert» werden, um jeden Wettbewerb auszuschalten. Besonders wichtig ist laut SP, wirksam gegen «Steuervermeidung» im Rohstoffhandel vorzugehen. Die Grünen wittern überall «Steuerdumping», «Einnahmeausfälle» und damit «Sparmassnahmen». Sie wollen höchstmögliche Steuern zum «Unterhalt der Bahninfrastruktur» und zum «Schutz vor Umweltkatastrophen».

Von grüner Seite ertönt jetzt der Ruf nach einer «globalen Steuer auf dem Vermögen von superreichen Personen». SP wie Grüne verlangen einen 9-Milliarden-«Klimafonds» aus den Erträgen unserer Schweizer Volkswirtschaft. Die Linken wollen ein Dasein mit viel Wohlsein. Sie sind sehr an sich, aber wenig an uns interessiert. Der Egoismus ist ihre Droge, mit sich selber auszukommen. Mit süßen Worten verstecken sie die Härte ihrer Ellenbogen. Die Linken wollen alles von dir. Ausser deinen Job.

SESSIONSRÜCKBLICK

Sommersession im Zeichen des Asylpaktes und der EU-Verträge

Die dreiwöchige Sommersession im Nationalrat und Ständerat in Bern war heiss, sowohl die Debatten als auch die Temperaturen. Auch an Anlässen mangelte es nicht. Meistens konnte man nebst den Sessionssitzungen jeden Tag zwischen verschiedenen Infoveranstaltungen in der Bundesstadt auswählen.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küschnacht

Es ist höchste Zeit, den Asylmissbrauch zu stoppen. Die in der Sommersession behandelten Vorstösse sind ein Schritt in die richtige Richtung. Gemäss Motiven von Pascal Schmid (SVP, TG) und Michael Buffat (SVP, VD) sollen Asylbewerber, die Straftaten begehen, konsequent vom Asylverfahren ausgeschlossen werden. Beide Motiven wurden erfreulicherweise gutgeheissen. Eine weitere Motion von Christoph Riner (SVP,

«Die SVP setzt sich konsequent für die Wahrung unserer Souveränität ein.»

AG) fand im Ständerat Zustimmung; diese will die Bewegungsfreiheit von abgewiesenen Asylbewerbern erheblich einschränken. Auch eine Motion von Mike Egger (SVP, SG) und ein Postulat von Barbara Steinemann (SVP, ZH) wurden angenommen. Das sind sehr erfreuliche Neuigkeiten.

Ganz knapp wurde im Nationalrat ein Nein zum Solidaritätsmechanismus beim EU-Migrations- und Asylpakt beschlossen – ein Erfolg für die SVP. Leider wurden dann aber Teile des Paktes

doch angenommen. Auch die SRG-Initiative wurde sehr lange und heftig diskutiert; mit unter anderem guten Voten von Nationalrat Gregor Rutz. Die Halbierungsinitiative fand im Nationalrat jedoch leider keine Mehrheit. Die Initiative wird nun im Ständerat beraten und kommt noch vor das Volk.

EU-Vertrag mit 1800 Seiten

Natürlich beschäftigt vor allem auch das EU-Vertragspaket die SVP sehr stark. Nun sind endlich die Übersetzungen erschienen und alle Parlamentarier konnten die Verträge ausdrucken lassen. Über 1800 Seiten fasst dieser unsägliche Vertrag. Somit werden wir Parlamentarier in den Sommerferien hier viel zu tun haben. In vielen Passagen wird bereits klar, dass es sich um einen Unterwerfungsvertrag handelt. Auch sehr hohe Kohäsionszahlungen wären die Folge. Ein Hauptanliegen der SVP ist, dass wir unsere Souveränität bewahren können.

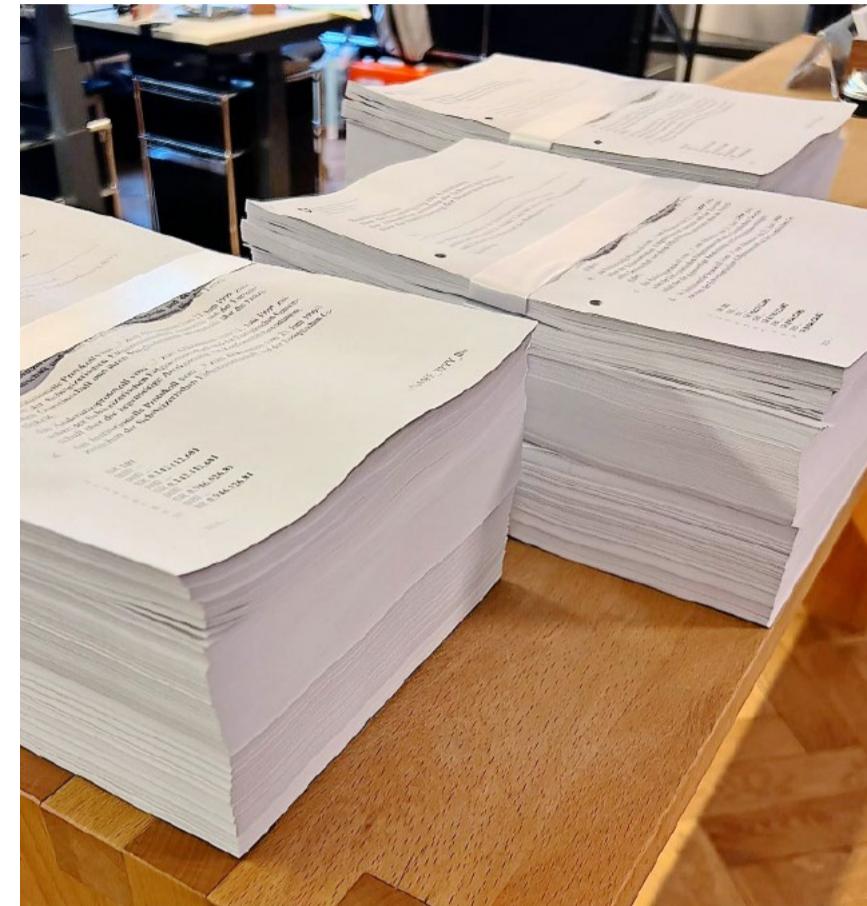
Impfnebenwirkungen ernst nehmen

Ich habe in der Sommersession auch noch eine Interpellation zum Thema Impfnebenwirkungen und Aufarbeitung von Covid eingereicht. Bekanntlich sind in dieser Zeit der Pandemie seitens des Bundes viele Massnahmen erfolgt, die nicht wirklich nötig waren; vor allem nicht für die jüngere Bevölkerung. Sogar Kinder mussten Masken tragen und viele Erwachsene haben sich zweifach oder dreifach geimpft, um alle Freiheiten zu haben; obwohl sie nicht zur vulnerablen Gruppe gehörten. Ich kenne

einige Personen mit schweren Impfnebenwirkungen, welche bisher beim Bundesamt für Gesundheit und Swissmedic kein Gehör erhielten. Daher habe ich zu diesen Fragen die Interpellation

25.3675 eingereicht. Ich bin gespannt auf die Antworten. Man muss Personen mit Impfschäden ernst nehmen und auf deren Gesuche eingehen.

Bald folgen die verschiedenen 1.-August-Feiern. Auch hier sind die SVP-Vertreter sehr präsent. Ich werde in Aesch ein Referat halten und freue mich auf diese schöne Tradition.



Automatische Übernahme von EU-Recht, fremde Richter, Milliardenzahlungen und noch mehr Zuwanderung – dies sind nur Teile des ellenlangen Unterwerfungsvertrages.

Bild: Nina Fehr Düsel

RAHMENBEDINGUNGEN DES STROMMARKTES SICHERN

Stärkt das EU-Stromabkommen wirklich die Versorgungssicherheit?

Immer wieder wird behauptet, dass das Stromabkommen mit der EU zur Stärkung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität führen würde. Die Rechtsetzungskompetenz wird nach Brüssel delegiert. Die EU hat das letzte Wort. Wollen wir das?



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Das Stromabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union (EU) wurde im Dezember 2024 paraphiert und kann nicht mehr geändert werden. «Im Strombereich beispielweise ist mit ständigen Änderungen des EU-Rechts zu rechnen, die das Parlament übernehmen müsste», stellte der Rechtsprofessor Andreas Glaser bereits früh fest.

Gewässerhoheit in Gefahr

Wie stark wird die Souveränität der Schweiz beim Strom beschnitten? Sicher ist: Die Autonomie ist dahin. Die Selbstbestimmung ist eingeschränkt. Die Europäische Union könnte später in die gelebte Gewässerhoheit der Kantone und Gemeinden eingreifen. Die Stromreserven in den Stauseen werden früher oder später unter Druck geraten. Wenn wir das Stromabkommen haben, wird am Ende des Tages Brüssel entscheiden, was mit unseren Wasserreserven zu geschehen hat.

Zwar verspricht der Bundesrat dem Volk billigere Stromtarife mit gleichzeitiger Erhöhung der Versorgungssicherheit – aber eine Garantie ist das nicht. Bei den Verhandlungen mit der EU hat man gar entdeckt, dass in der Schweiz eine gesetzliche Grundlage für den Import oder Export elektrischer Energie fehlt!

Für die Volkspartei ebenfalls unhaltbar ist die vertragliche Festlegung des Netto-Null-Ziel. Genau heisst es, man unterstützt gemeinsam den Übergang

zu einem Netto-Null-Energiesystem ab 2050. Man sollte sich nicht mit solch ideologischen Aussagen für spätere Zeiten knebeln lassen.

Marktkräfte und Staatskontrolle

Wenn wir bei der Energiepolitik ständig von Markt reden und gleichzeitig eine volle Staatskontrolle da ist, stimmt etwas nicht; Marktverzerrungen müssen abgebaut werden. Zu denken geben muss beispielsweise, dass in der Schweiz bisher kein grösseres Kraftwerk durch «Marktkräfte» finanziert wurde.

Ein länger anhaltender Strommangel wird vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) als eines der grössten Risiken für die Schweiz eingestuft. Einige Tage anhaltender Strommangel würde zum flächendeckenden Zusammenbruch der Versorgung und schliesslich zum

Erliegen der öffentlichen Ordnung führen. In der Schweiz liefern 630 Netzbetreiber Strom. Das geht von kleinen Gemeindewerken bis zu kantonalen Versorgern. 70 Prozent davon besitzen keine eigenen Kraftwerke.

Strikte Trennung von Strom und Netz

Gleichzeitig wird es in der Schweiz zur Aufspaltung einiger Stromunternehmen kommen, weil die EU die strikte Trennung von Strom und Netz verlangt. Kleinere Unternehmen, die sowohl ein Netz unterhalten als auch Strom produzieren, müssten zwei Rechtseinheiten bilden: Das bedeutet eindeutig kompliziertere und teurere Strukturen als heute. Die bisherige Steuerbefreiung der Elektrizitätswerke bei gleichzeitiger Abführung der Gewinne an die Gemeinde-

und Kantonskassen könnte kaum aufrechterhalten bleiben.

EU-Rechtsanspruch für Reservekapazitäten

Die Schweiz darf gemäss Vertrag im eigenen Land Reservekraftwerksparken anlegen und betreiben. Im Ernstfall einer Stromangellage würden diese dann aber vom ganzen EU-Binnenmarkt beansprucht werden. Allein das senkt die Versorgungssicherheit unseres Landes massiv.

Das Stromabkommen mag nicht das schlimmste Dokument unter den EU-Verträgen sein. Aber schon hier zeigt sich, wie viel souveränes Handeln man einfach preisgibt und wie wenig und erst noch Instabiles man dafür bekommt. Statt immer nur vom lebensnotwendigen Stromabkommen zu reden, würden unsere «Strombarone» besser vor Ort investieren. Und die Politik müsste hinsichtlich Gebühren und Abgaben endlich faire Bedingungen schaffen.



Wir dürfen nicht zulassen, dass fremdbestimmte EU-Vorgaben unsere Versorgungssicherheit gefährden.

Bild: Pixabay

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Von geheimen Wahlen und abgeschriebenen Vorstössen!

Wahltag sind für die «direkt Betroffenen», die Kandidaten, egal welcher Institution oder welcher Stufe, immer spezielle Tage. So auch für die Mitglieder der obersten Zürcher Gerichte. Rund 200 Mitglieder standen diesen Montag im Kantonsrat zur Wahl, darunter 155 Persönlichkeiten in geheimer Wahl gemäss §125 KRG (Kantonsratsgesetz) für die Amtszeit 2025 bis 2031.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die akribische Vorbereitung der Wahlen erfolgte durch die Justizkommission (JUKO) in unzähligen Sitzungen. Somit sollte eine gut vorbereitete, faire Wahl stattfinden, was aber auch zur Folge hat, dass die entsprechende KR-Sitzung durch das «Wahlprozedere» belastet respektive verzögert wird. An diesem Montagmorgen versuchte Ratspräsident Beat Habegger (FDP), eine Abkürzung zu nehmen. Oder auf «Neudeutsch»: aus «Effizienzgründen» alles etwas anders zu machen. Der neue Modus wurde zu Beginn der Sitzung etwas überraschend bekannt gegeben. Der Kantonsrat sollte jedoch korrekt und mit der nötigen Wertschätzung geheime Wahlen



Ratspause inmitten der Auszählung geheimer Wahlen, Kaffee und ein Hauch von Skandal – die Wahlen der Richter und Ersatzrichter an die obersten Gerichte des Kantons waren wahrlich kein Ruhmesblatt für den Kantonsrat. Bild: Gerichte Zürich

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN

Kosten des Unterwerfungsvertrags

Der Bundesrat hat das Büro Ecoplan die wirtschaftlichen Folgen berechnen lassen für den Fall, dass die Bilaterale Verträge I wegfallen würden. Ohne Fakten oder Argumente stellt er in den Raum, dass bei Ablehnung der EU-Anbindungsverträge auch die Bilaterale I gescheitert wären. Ecoplan behauptet, dass bei einem Wegfall der Bilaterale I bis 2045 ein Minus von 2500 Franken Einkommen pro Person und Jahr die Folge wäre – in absoluten Zahlen 26,4 Milliarden Franken. Und was sagte Ecoplan 1999 voraus? Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) werde dank den Bilateralen I samt Personenfreizügigkeit zusätzlich um 0,6 Prozent pro Kopf zunehmen. Tatsächlich betrug von 1948 bis 2001 das reale BIP-Wachstum pro Kopf und Jahr durchschnittlich 1,83 Prozent. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 beträgt es gerade noch 0,6 Prozent. Wir haben also durch die EU-Verträge kein zusätzliches Wachstum um 0,6 Prozent, wie Ecoplan vorausgesagt, sondern einen Einbruch von 1,23 Prozent.

Finanzielle Tragweite wird verschwiegen

Auf die Kosten der Bilaterale I geht Ecoplan aber nicht ein, erst recht nicht

durchführen und nicht nach fadenscheiniger Effizienz streben.

Demokratieverständnis à la FDP

Zur nötigen Feststellung der im Ratsaal anwesenden Kantonsratsmitglieder wurden die Türen geschlossen und einmalig die Präsenz erfasst – 173 Mitglieder wurden registriert. Die Türen wurden dann nicht nach jedem Geschäft wieder geöffnet. Eigentlich anwesende Wahlberechtigte, die bei der ersten Wahl zu spät gekommen waren, wurden also für alle weiteren Wahlen ausgeschlossen. Kein grosser Zeitgewinn und ein undemokratisches Vorgehen! Das Wahlbüro (Stimmenzähler und Ersatzstimmenzähler) zog sich nach erfolgten geheimen Wahlen mit dem Papierstapel der verschiedenfarbigen Wahlzettel zur Stimmauszählung in das FDP-Fraktionszimmer zurück. Diese Kantonsräte wurden somit für die Beratung der folgenden Geschäfte ausgeschlossen, auch nicht wirklich die feine politische Art...

Linke setzen sich über Regeln hinweg

Somit wurden die Beratungen zu drei Geschäften, allesamt Abschreibungen, nachdem die Türen geöffnet waren, aufgenommen. Dies waren KR-Nr. 390a/2022 zur Förderung und Weiterentwicklung des Berufes Fachperson Gesundheit, KR-Nr. 410a/2022 betreffend Mitbenutzung von Räumlichkeiten für U-20-Vereinsgruppen und am meisten zu reden gab KR-Nr. 69a/2024 Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen. Obwohl Kurzdebatte beschlossen worden und die Redezeit beschränkt war, schaffte es kein Ratsmitglied der Linken, die zur Verfügung stehende Zeit einzuhalten.

Sodann erfolgte vor der Ratspause die Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion und wer kann es glauben: Es fehlten immer noch die Resultate der Wahlen. Auch fünf Oberrichter und ein Handelsrichter, die den Wahlen persönlich bewohnten, mussten «erwartungsfroh, aber ergebnislos» zum Kaffee und in die Pause gehen.

Unserer Institutionen unwürdig

Nach der Pause erfolgte die Beratung der AL-Motion KR-Nr. 295/2024, die eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums forderte. Gerne verweise ich hierzu auf den Kommentar von Rochus Burtscher (SVP). Und ja, Sie haben es sicherlich schon lange erraten: Die Ergebnisse der Wahlen der obersten Gerichte des Kantons Zürich liessen weiter auf sich warten. Erst kurz vor Sitzungsende wurden diese den letzten vier, gespannt aus harrenden Oberrichtern – Regula Hürlimann, Benedikt Hoffmann, Philipp Klaus und David Oehninger (alle SVP) – und dem Rat eröffnet. Nur die Art und Weise, wie dies geschah, war wahrlich kein Ruhmesblatt für den Kantonsrat, denn keiner hat an dieser Sitzung sein Wahlergebnis erfahren. Lapidar hiess es nur: Es wurden alle gewählt – wie peinlich für eine Wahl, die nur alle sechs Jahre stattfindet!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Finger weg vom Langzeitgymnasium – für echte Bildungsqualität!



Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

ist – eines Systems, das Durchlässigkeit garantiert und vielfältige Wege zum Erfolg bietet. Wer dieses Modell abschaffen will, riskiert nicht nur einen Bildungsabbau, sondern fördert genau das, was er vorgibt zu bekämpfen: «soziale Ungleichheit». Denn was passiert, wenn das staatliche Langzeitgymnasium verschwindet? Wohlhabende Eltern schicken ihre Kinder in teure Privatschulen – während der Rest auf der Strecke bleibt. Das ist keine Chancengerechtigkeit, sondern eine Zwei-Klassen-Bildung!

Besonders befremdlich ist, dass ausge rechnet jene Kreise, die stets gegen «Leistungsdruck» wettern, jetzt das Kurzzeitgymnasium als Allheilmittel anpreisen – und dabei verkennen, dass sie damit den Selektionsdruck lediglich zeitlich verschieben und verstärken. Was als «späterer Übertritt» verkauft wird, ist nichts anderes als Augenwischerei.

Für die SVP ist klar – die Volksschule muss gestärkt werden, aber nicht durch die Zerschlagung funktionierender Strukturen. Wer Bildung ernst nimmt, setzt auf Differenzierung, Leistung und Förderung – nicht auf Nivellierung nach unten.

Deshalb sagten wir aus Überzeugung NEIN zur Überweisung.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Das Langzeitgymnasium ist ein zentraler Pfeiler unseres differenzierten Bildungssystems und hat sich über Jahrzehnte bewährt.

Bild: Wikimedia



von
Thomas Matter

Infrastruktur unter Druck

Dazu kommen die enormen Kosten an Infrastrukturen. Da wir heute ein Drittel mehr Wohnungen als 2001 bei

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «WAHRUNG DER SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT (NEUTRALITÄTSINITIATIVE)»

Die Schweizer Neutralität: Ein bewährtes Erfolgsmodell unter Druck

Die Neutralität der Schweiz hat sich seit über 200 Jahren als Garant für Sicherheit und Stabilität bewährt. Sie ermöglichte es der Schweiz nicht nur, selbst die verheerendsten Kriege weitestgehend unbeschadet zu überstehen, sondern auch, sich als sicherer Ort für internationale (Friedens-)Verhandlungen und Sitz zahlreicher internationaler Organisationen zu etablieren.



Valentin Landmann
Alt Kantonsrat SVP
Zürich

Doch wie wurde die Schweiz zu einem neutralen Staat? Nach den grossen Verwüstungen der Napoleonischen Kriege suchte Europa im 19. Jahrhundert nach einer neuen Friedensordnung. Hier stellte sich die Frage, was man neben all den Grossmächten mit dem Felsbrocken mitten in Europa machen sollte, der aus den schweizerischen Kantonen bestand. Im Rahmen des Wiener Kongresses 1815 kamen geniale Diplomaten darauf, die schweizerischen Kantone könnten einen neutralen Standort in Europa bilden. Diese stimmten diesem Anliegen zu und die Neutralität wurde 1848 sogar in der Bundesverfassung verankert.

Wesentliche Elemente dieser angestrebten Neutralität waren, dass der Neutrale die Kriegsparteien gleich behandeln musste, sich in keiner Weise in das Kriegsgeschehen einmischen durfte, keine Rüstungsgüter oder Truppen zur Verfügung stellen durfte und auch keinen Durchmarsch und keine Waffentransporte durch das Land erlauben durfte. Als Entgelt für ihre Neutralität sollte die Schweiz in keiner Weise von anderen Mächten angegriffen werden dürfen. Ein wahrhaft fairer Deal.

Militärischer Schutz und wirtschaftliche Sicherheit

Durch die Haager Neutralitätskonvention von 1907/1908 wurde die Neutralität weiter gestärkt. In dieser Konvention steht in Artikel 1: «Das Gebiet des neutralen Staates ist unantastbar.» Diese Garantie bildete einen enormen Sicherheitsgewinn! Denn in der Folge überstand die neutrale Schweiz auch die beiden Weltkriege weitgehend unbeschadet. Es zeigte sich, dass die Neutralität nicht nur Schutz vor militärischen Angriffen, sondern auch wirtschaftliche Sicherheit bot: Während andernorts Währungen gekippt und das Geld von Inflationen weggefressen wurde, funk-

tionierte das Schweizer Bankensystem nach wie vor. Das brachte einen gewaltigen Schub an wirtschaftlichen und privaten Kunden aus der ganzen Welt.

Auch nach den beiden Weltkriegen festigte die Schweiz ihre Rolle als internationaler Verhandlungsort. Die Schweizer Diplomatie konnte in vielen Fällen darauf hinwirken, dass Waffenstillstände abgeschlossen wurden und Friedensabkommen zustande kamen. So führte die Genfer Friedenskonferenz der 1950er-Jahre beispielsweise zum Abkommen über die Demarkationslinie in Korea, die bis heute hält.

Druck militärischer Bündnisse und Sanktionen

Obwohl die Neutralität damit als bewährtes Erfolgsmodell bezeichnet werden kann, gerät sie nun immer mehr ins Schussfeld von Magistraten, die sich militärischen Bündnissen und Kriegsmassnahmen anschliessen möchten. Mitunter wurde geltend gemacht, mit dem Beitritt zur UNO sei die Neutralität obsolet geworden. Das ist offensichtlicher Quatsch und beim Beitritt zur UNO wurde den Bürgern auch vom Bundesrat klar dargelegt, dass dieser keinen Einfluss auf die Neutralität habe.

Die Übernahme der Sanktionen der EU gegen Russland oder die Annäherung an militärische Bündnisse der EU oder an die NATO stellen massive Einbrüche in die Neutralität dar und entziehen uns deren Schutz bei einem möglichen Krieg in Europa praktisch. Wenn fremde Raketen und Panzer durch die Schweiz rollen bzw. transportiert werden, ist die Neutralität gebrochen und in Kriege verwickelte Mächte hätten die Möglichkeit, auch gegenüber der Schweiz zuzuschlagen.

Sicherheit, Stabilität und internationale Anerkennung sichern

Die Schweiz hat jetzt nochmals die Chance, durch Annahme der Neutralitätsinitiative die Erosion der schweizerischen Neutralität aufzuhalten. Gemäss der Neutralitätsinitiative soll Art. 54a der Bundesverfassung die schweizerische Neutralität wie folgt konkretisieren:

1. Die Schweiz ist neutral; ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei, ausgenommen im Falle eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder bei Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nicht-militärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegsführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nicht-militärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Die ganzen Neutralitätserosionen und -verletzungen durch den schweizerischen Bundesrat bedeuten für die Schweiz nicht nur einen Verlust der Sicherheit, sondern führen auch zu hohen Kosten. Es gilt daher, die Neutralität zu erhalten – denn diese ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern ein bewährtes Prinzip, das der Schweiz Sicherheit, Stabilität sowie internationale Anerkennung garantiert. Die Aufgabe der Schweiz ist es, Konflikte zu entschärfen – nicht, Partei zu ergreifen. Nur durch konsequente Neutralität bleibt die Schweiz ein verlässlicher Halt des Friedens.

GEMEINSAME FAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-UND FDP-FRAKTION

Das Parlament ist Chef – nicht die Verwaltung!

Mit zunehmender Besorgnis stellen wir fest, dass in dieser Legislatur parlamentarische Rechte immer häufiger ausgehöhlt werden. Was sich aktuell bei der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 85/2025 zur finanziellen Unterstützung von NGOs zeigt, ist kein Einzelfall – es ist Ausdruck einer besorgniserregenden Entwicklung im Verhältnis zwischen Parlament, Regierung und Verwaltung. Was da seit längerer Zeit abläuft, darf schlicht als Arbeitsverweigerung und Missachtung der Kantonsverfassung betrachtet werden.

Unsere Anfrage war klar und im öffentlichen Interesse: Wir wollten wissen, welche Nichtregierungsorganisationen vom Kanton Zürich finanzielle Mittel erhalten, nach welchen Kriterien diese Mittel vergeben werden, welche Direktionen zuständig sind – und wie diese Zahlungen kontrolliert werden. Eine Selbstverständlichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat mit funktionierender Gewaltenteilung.

Doch was haben wir erhalten? Eine Antwort voller Ausflüchte. Die Regierung versteckt sich hinter juristischen Spitzfindigkeiten, behauptet, der Begriff «NGO» sei nicht definiert, und verweist auf technische Hürden und Datenschutzbedenken. Das ist nichts anderes als ein taktisches Ausweichen – Ausdruck eines politischen Unwillens, die gestellten Fragen transparent zu beantworten.

Noch gravierender ist: Das ist längst kein Einzelfall mehr. Wenn der Verwaltung ein Geschäft nicht passt, wird es nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist behandelt. Stattdessen werden systematisch Fristverlängerungen beantragt – mit dem offensicht-

lichen Ziel, das Geschäft auszusitzen. So wird parlamentarische Kontrolle zur Farce.

Wir halten unmissverständlich fest: Das Parlament ist Chef – nicht der Regierungsrat und nicht die Verwaltung! Wir sind vom Volk gewählt. Wir sind vom Gesetz her verpflichtet, hinzuschauen, nachzufragen und Rechenschaft einzufordern. Die Verwaltung hat im Auftrag der Regierung unsere Geschäfte pflichtgemäß, fristgerecht und respektvoll zu behandeln – unabhängig vom politischen Inhalt.

Die SVP/EDU- und FDP-Fraktion fordert daher:

1. Eine vollständige und transparente Offenlegung aller Zahlungen an NGOs – inkl. Zuständigkeiten und Kontrollmechanismen.
2. Die konsequente Einhaltung der gesetzlichen Fristen für die Behandlung parlamentarischer Geschäfte.
3. Eine Rückbesinnung auf die demokratische Rollenverteilung: Die Regierung dient dem Parlament – nicht umgekehrt.

Wer Transparenz verweigert, hat meist etwas zu verbergen. Wir werden weiterhin genau hinschauen – im Namen des Souveräns und im Interesse aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Verlesen von Kantonsrat Marc Bochsler

Die Fraktions-erklärung als Video:



SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf



Dübendorf, 25. Juni 2025

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung

Donnerstag, 10. Juli 2025, 19.30 Uhr

Heslibhalle, Untere Heslibachstrasse 33, 8700 Küsnacht

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Sommergrill mit frischen Salaten, Pouletbrüstli und Hacktätschli und zum Dessert: Kuchenbuffet und Glacé vom Schlattgut
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Eintracht Küsnacht
- Begrüssung durch Gemeindepräsident Markus Ernst (FDP)

Traktanden

1. Begrüssung und Standortbestimmung

Parteipräsident

2. Wahl der Stimmenzähler

Parteipräsident

3. Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2025

- a) **Abschaffung Eigenmietwert: Parolenfassung**
Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweiteigenschaften

Kontradicitorisch:

Pro:

Kontra:

NR Gregor Rutz
noch offen

- b) **E-ID-Gesetz: Parolenfassung**
Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise

NR Mauro Tuena

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

4. Kantonale Abstimmungsvorlage vom 28. September 2025

- a) **Referendum Energiegesetz:**
Information zur Abstimmungskampagne

KR Tobias Weidmann

5. JA zur Mobilität für alle (Mobilitätsinitiative)

Information zur Abstimmungskampagne

NR Mauro Tuena

6. Rahmenabkommen

NR Barbara Steinemann

7. Verschiedenes

Sommerfest



Der SVP Flaach



Ueli Maurer
alt Bundesrat



Philipp Peter
Sektionspräsident



Stefan Stutz
Bezirkspräsident

5. Juli 2025

Worbighalle Flaach

MEHR PRAGMATISMUS STATT SOZIALROMANTISCHE UTOPIE

Rotgrüne Verkehrspolitik in Winterthur gefährdet das Gewerbe und die wirtschaftliche Freiheit

Nicht nur in der linksgrünen Stadt Zürich wird das Gewerbe stetig gegängelt, sondern auch in Winterthur. Ein lokaler Geschäftsführer kam kürzlich auf mich zu und prangerte gleich die gewerbefeindliche Verkehrspolitik der rotgrünen Politik in Winterthur an.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Die Ankündigung auf der Homepage der Stadt Winterthur zur Umgestaltung der Hauptverkehrsachse – die Technikumstrasse – klingt aus seiner Sicht durchaus sozialromantisch, sei aber wieder voll und ganz gegen das Gewerbe ausgerichtet. Mehr Platz für Fußgänger, noch breitere Trottoirs, ein überbreiter Mittelstreifen als Querungshilfe und Aufenthaltsraum, separater Velostreifen sowie eine eigene Busspur etc. seien für diese Hauptverkehrsachse schlicht über das Ziel hinausgeschossen. Zumal auch sämtliche oberirdischen Parkplätze, auch für alle Zweiräder, auf der ganzen Achse der Technikumstrasse bis hin zur Lagerhaus- und Meisenstrasse wegfallen werden – was genau dem selbigen Vorgehen entspricht, das bekanntlich an der Stadthausstrasse ideologisch bereits durchgezogen worden sei. Dort kämpfen nun seit der Umgestaltung und dem Regimewechsel zusehends immer mehr Geschäfte und Lokale mit ausbleibender Kundschaft, weil eine direkte Zufahrt kaum noch möglich ist und Parkplätze in zumutbarer Nähe gänzlich fehlen. So weit die Klage des Gewerbetreibenden.

Meine klare Meinung dazu ist, dass die linksgrüne Politik auch mal die Optik auf alle auswärtigen Besucher und Kunden berücksichtigen sollte. Auch diese Menschen leisten nämlich täglich eine beachtliche Wertschöpfung, wenn sie in der Stadt Einkäufe tätigen oder sich in einem unserer zahlreichen, guten Gastlokale verköstigen lassen. Es erschliesst sich mir deshalb bis heute nicht, weshalb die Winterthurer Politik

«Statt weltfremdes, ideo-logisches Politisieren braucht es mehr Miteinander.»

nicht vermehrt mit dem Gewerbe und der Gastronomie ein ausgewogenes Miteinander anstrebt, statt sie mittels ideologischer Weltanschauung aus der Stadt zu jagen! Bekanntlich profitieren bei einem einvernehmlichen Dialog nicht nur allen Gewerbetreibenden und Kunden, sondern vor allem auch die argbeutelte, stets leere Winterthurer Stadtkasse. Oder kennt jemand von euch auch nur eine Person, welche einfach so in die Stadt fährt, ihr Fahrzeug auf einem gebührenpflichtigen Parkplatz parkiert und nach Ablauf der bezahlten Parkzeit unverrichteter Dinge wieder nach Hause fährt? Ich nicht.



Die Umgestaltung der Technikumstrasse ist einmal mehr voll und ganz gegen das Gewerbe ausgerichtet.
Bild: Tiefbauamt der Stadt Winterthur

Einladung zum Polit-Lunch



SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Gemeinderat Sven Kollbrunner

Herausforderungen im Sozialsystem

«Ein Gemeinderat redet Klartext»



WANN:

Mittwoch,
2. Juli 2025
11.30 – 14.00 Uhr

WO:

Restaurant Stube
Uf de Strass 1
8460 Marthalen

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Sonntag, 29. Juni 2025
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:
ycaspar@sunrise.ch oder
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)
oder per QR-Code



Alle sind herzlich willkommen!



DER FREISINN AM SCHEIDEWEG

Wechsel bei der FDP

Der Präsident der FDP Schweiz hat seinen Rücktritt angekündigt. An sich nichts Weltbewegendes. Die FDP ist heute in einer ähnlichen Situation, wie es die SVP im Jahr 1975 war. Die SVP fiel damals bei den Nationalratswahlen sogar unter zehn Prozent. Der einzige SVP-Bundesratssitz wurde von SP-Präsident Helmut Hubacher öffentlich angezweifelt.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Wir mussten die Partei auf einen neuen Boden stellen und das liberal-konservative Grundgedankengut verteidigen: gegen einen Flügel, der die SVP «liberalprogressiv» sehen wollte. Die SVP hat den Richtungsstreit über Jahre ausgetragen, etwa 1992 bei der Frage, ob wir dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitreten und damit die Unabhängigkeit und die schweizerischen Volksrechte preisgeben wollten.

Die FDP ist heute auch an diesem Punkt. Doch sie weicht der notwendigen Auseinandersetzung aus. Auch der Freisinn muss entscheiden, ob wir eigenständig bleiben und unsere schweizerische Neutralität behalten wollen –

oder uns der EU unterwerfen, wie es die FDP einst sogar beschlossen hat. Wollen wir die Schweiz aufgeben? Wollen wir, dass Brüssel die Gesetze für uns macht und gleich auch noch das oberste Gericht stellt?

Die SVP hat bei ihrer damaligen Flurbereinigung viele Leute verloren. Dazu sagte ich: «Lasst sie gehen, ich habe die Sozialisten lieber bei den andern als im eigenen Laden.» Die FDP müsste heute die richtige Antwort bei der EU-Anbindung finden, genau wie bei der Frage, ob es dafür – wie eigentlich selbstverständlich – ein Ständemehr braucht.

Als Parteipräsident muss man seine Person und seine Karriere ganz diesen Grundsatzfragen unterordnen. Ohne innerparteilichen grundsätzlichen Richtungsstreit wird es nicht gehen. Nur:

Die eigene Person wäre ganz unter den eigenen Auftrag zu stellen. Was heisst: Auf das «Ansehen» ist zu verzichten!

Samstag, 5. Juli 2025, 11.00 Uhr

Mehrzweckhalle, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Christoph Blocher spricht zum 150. Todestag:



Guillaume Henri Dufour
General, Kartograf,
Mitbegründer des Roten Kreuzes

«Guillaume
Henri Dufour
und seine
Bedeutung
für die Schweiz»

Türöffnung: ab 10.00 Uhr – Gratis-Parkplätze vorhanden –
Ab HB Bern: Tramlinie 9 ist wegen Baustelle unterbrochen.

Ersatzlinie: Informieren Sie sich frühzeitig
auf www.bernmobil.ch oder Tel. 031 321 88 44.

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

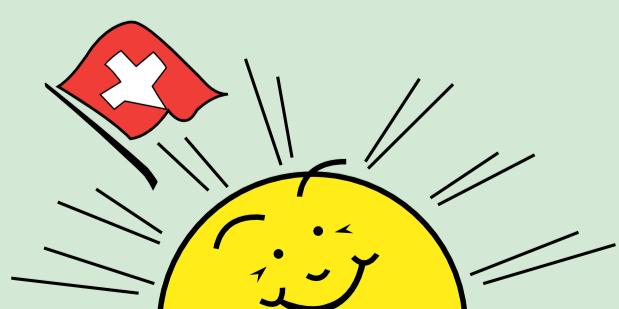
Weitere Informationen: info@dufour150.ch – Tel. 031 356 27 27

Dufour150, Postfach, 3822 Lauterbrunnen



svp.ch/mitmachen/spenden

**Unterstützen Sie die SVP
im Kampf für Freiheit und Sicherheit
mit einer Spende!**



Fadegradvon
Samuel Balsiger**Das Geschäftsmodell
Operation Libero**

Operation Libero ist eine PR-Agentur aus dem linken Spektrum – und nichts anderes. Weil aber die Organisation lange die Speerspitze gegen die SVP war, stellten die linken Massenmedien diese als «Bewegung aus der Zivilgesellschaft» dar. Die quietschbunten Co-Präsidentinnen konnten feministisch die Fäuste in die Höhe strecken – und die linken Journalisten schrieben: «Die Bewegung Operation Libero pflügt die bürgerliche Schweiz um.» Dann kam das ehemalige Flüchtlingskind Sanja Ameti. Sie übernahm die Leitung von Operation Libero und ballerte auf Mutter Maria und das Jesuskind. Damit stürzte sie die linke Kampagnenorganisation in die tiefste Krise. Spenden brachen ein, Aufträge von politischen Parteien und Komitees blieben aus, die Ostschweizer-Sektion löste sich auf – weil Ameti stur auf ihren Präsidiumsposten beharrte.

In der grössten Krise von Operation Libero gab auch die langjährige Geschäftsführerin ihren Posten auf. Dies deutet auf einen internen Machtkampf hin, den Ameti mutmasslich gewann. Noch kurz davor sagte die abtretende Geschäftsführerin: «Wir sind als Kampagnenorganisation auf Kampagnen angewiesen.» Mit Krisen-Ameti an der Spitze ist es wohl schwierig, neue Aufträge an Land zu ziehen und diese dann als «Graswurzelbewegung» verkaufen zu können.

Gemäss einer Quelle war Ameti bei einer anderen PR-Agentur bis vor Kurzem für die Rüstungsindustrie zuständig. Als die Aufträge ausblieben, schwenkte Operation Libero plötzlich auf Kriegspropaganda um. Ameti unterstützte zum Beispiel den Plan der EU, 800 Milliarden Euro in den paranoiden Aufrüstungswahn zu buttern. Erhofft man sich, aus der Rüstungsindustrie neue Geldgeber zu finden?

Klar ist: Operation Libero versucht händeringend, sich vor dem Bankrott zu retten. Dafür braucht es mediale Aufmerksamkeit. Deshalb ist keine Peinlichkeit peinlich genug. Zum Beispiel als die SVP-Bundestagsfraktion einen Ausflug auf das Rütli ankündigte, bettelte Operation Libero im Internet: «Wir überlassen das Rütli nicht der SVP, bitte spendet uns Geld, damit wir ebenfalls dorthin reisen können.»

Operation Libero und verschiedene Parteien wollen die Schweiz in den Aufrüstungswahn und die Kriegswirren ziehen. Die Welt braucht jedoch dringend wieder eine neutrale Schweiz, die Frieden verhandeln kann. Mit der Neutralität ist es wie mit dem Kinderkriegen: Halbschwanger gibt es nicht. Wir sind neutral oder wir sind es nicht. Eine «flexible Neutralität» gibt es nicht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT**Von Bührle bis Badminton: Ideologie schlägt Realität**

Wenn Linken und Grünen ein Vorwurf nicht gemacht werden kann, dann jener, dass diese lernfähig seien.

Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich

Bereits zwischen 1948 und 1956 haben Kuratoren die Provenienz der Sammlung vor allem französischer Maler von E.G. Bührle auf ihre Herkunft und Unbedenklichkeit untersucht. Bei der Übergabe der Werke 2021 durch die Stiftung Bührle an das Kunstmuseum Zürich wurden diese erneut auf ihre Herkunft untersucht, im Wesentlichen aufgrund der Untersuchungsergebnisse von 1956 – mit den praktisch gleichen Ergebnissen.

Leider wurde mit der Übergabe dieser bedeutenden Sammlung an die Stadtzürcher Kunstinstitution auch der Weg für unsägliches politisches Hickhack und Zwängerei durch die Linken geebnet. Der Reichtum E.G. Bührles war im Wesentlichen auf den Kauf der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon sowie die Übernahme der konkursiten Maschinenfabrik Seebach zurückzuführen. Bührle verkaufte seine Produkte in die ganze Welt, vor allem die legendäre Vierling-Flugabwehr-Kanone (FlaK), welche unzähligen zivilen Menschen das Leben rettete. Dieses Faktum wird jedoch durch unsere querulante linke Ratshälfte ignoriert und es werden weiter unaugliche Vorstösse sogar für dringlich erklärt, bis eine Nadel im Heuhaufen bzw. eine Straftat bei Bührle gefunden wird; oder wahrscheinlicher, eben nicht gefunden wird.

Das Böse schlägt nie

Ein Vorstoß von SVP-Gemeinderat Stefan Urech zielt darauf ab, die sogenannte Yonex Kultur- und Badmintonhalle bei den Viaduktbögen im Stadtteil Kreis 5

vor dem Abrisshammer durch das Tiefbaudepartement zu retten. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat man die ursprünglichen Pläne verschwinden lassen und will nun die geplante «Franca-Magnani-Brücke» anstelle der Badmintonhalle dort erstellen. Eine Velobrücke für geschätzte 70–80 Millionen Franken – für eine Zeitersparnis von etwa zwei bis drei Minuten. Süffisant ist in diesem Zusammenhang, dass die Betreiber dieser Sport- und Kulturstätte selbst starke Verfechter der Velobrücke sind. Wenn es nun aber um die Besitzstandswahrung der eigenen Existenz geht, wird man schnell vom Saulus zum Paulus. Immerhin: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Linke Vorstösse durch Jugendliche?

Das Stadtzürcher Parlament muss sich seit zwei Jahren mit Jugendvorstösse beschäftigen. Dies kommt nicht bei allen

Parlamentarierinnen gut an. So strotzen diese Vorstöße nur so von Begehrlichkeiten und bei manch einem Vorstoß ist anzunehmen, dass die Hand eines aktuellen Ratsmitgliedes die Feder führt. So will man private Hauseigentümer verpflichten, Solarstrom zu produzieren, fast gratis ÖV fahren, drei freie Nachmittage in der Schule und drei vergünstigte Kinoeintritte für fünf Franken und einen 15 Franken Konsumationsgutschein. Dörf's no e chli meh si?

FCZ-Anarchie stoppen!

Es hat auch vernünftige Ideen unter diesen Vorstößen, wie z.B. Suchtmittelprävention oder die Förderung anderer Sportarten als nur Fussball. Gerade der Fussballbereich hat bei Jugendlichen in Anbetracht der hanebüchenen Zustände, insbesondere um die FCZ-Chaoten, stark an Attraktivität verloren. Mit so etwas will man sich nicht identifizie-

ren. Ob diese Nachricht wohl in der Geschäftsleitung des FCZ ankommt und vor allem ob diese auch verstanden wird? In Anbetracht der unzähligen politischen Diskussionen, der vielen runden Tische und der opulenten Mittel zur Förderung der Fanarbeit muss hier ein grosses Fragezeichen gesetzt werden. Dass in diesem Zusammenhang der grüne Statthalter der grünen Vorsteherin des Sicherheitsdepartements einen Riegel für eine Sektorenspernung in der Südkurve im Letzigrundstadion geschoben hat, kann man als grotesk ansehen. Ja, Pauschalstrafen sind unschöne Mittel, aber jedes Mittel, welches dieser ausser Rand und Band gekommenen Fangewalt Einhalt gebietet, soll in Betracht gezogen werden. Überdies hat der Zürcher Souverän den Gegevorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative klar angenommen. Wo könnte diese Vorlage besser umgesetzt werden als im konkreten Fall bei der Betriebsgesellschaft FCZ AG?



Bild: Stadt Zürich

Visualisierung der «Franca-Magnani-Brücke»: Eine Velobrücke für geschätzte 70-80 Millionen Franken.

ZUWACHS FÜR DIE SVP USTER IN DER SCHULPFLEGE**Caroline Ott-Moennig neu in der Sekundarschulpflege Uster – Sitzgewinn für die SVP**

Mit grosser Freude kann die SVP Uster bekanntgeben: Caroline Ott-Moennig wurde als neues Mitglied der Sekundarschulpflege Uster (SSU) gewählt.

Sie wird ihr Amt nach den Sommerferien antreten und künftig gemeinsam mit Maggie Bucher, die bereits seit mehreren Jahren engagiert in der SSU tätig ist, die Anliegen der SVP vertreten. Damit ist die SVP Uster neu mit zwei von acht Mitgliedern im Gremium der SSU vertreten. Besonders erfreulich: Dieser Sitz war bislang durch die SP besetzt. Der Sitzgewinn unterstreicht das wachsende Vertrauen in die bürgerliche Bildungspolitik und unsere starke kommunalpolitische Präsenz.

Kompetent, erfahren, engagiert

Caroline Ott-Moennig, Vizepräsidentin der SVP Uster, bringt beste Voraussetzungen für das anspruchsvolle Amt mit. Als Kindergartenlehrerin kennt sie den Bildungsaltag aus erster Hand. Als Mutter von erwachsenen Kindern weiß sie, worauf es Eltern und Familien kommt. Diese Erfahrungen – gepaart mit ihrer politischen Verantwortung im Vorstand der SVP Uster – machen sie zur idealen Besetzung für die Sekundarschulpflege.

Gemeinsam mit Maggie Bucher, die sich seit Jahren als kompetente und verlässliche Stimme für bürgerliche Bildungsanliegen einsetzt, bildet sie ein starkes Team in einem Gremium, das entscheidend zur Schulqualität in Uster beiträgt.

Ein bürgerlicher Sitz mit Signalwirkung

Der Wechsel von einem SP-Sitz zu einer SVP-Vertretung ist mehr als ein persönlicher Erfolg – er ist ein politisches Sig-

nal. In einer Zeit zunehmender Herausforderungen im Bildungswesen setzen immer mehr Bürgerinnen und Bürger auf sachliche, lösungsorientierte und bürgernahe Politik.

Die SVP Uster dankt Caroline Ott-Moennig herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr einen erfolgreichen Start in das neue Amt. Wir freuen uns, mit ihr eine weitere starke Stimme für die Schule, die Eltern und die Kinder von Uster stellen zu dürfen.

Ehrlich. Engagiert. Für Uster.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Mit der Wahl Caroline Ott-Moennigs in die Sekundarschulpflege Uster wird die bürgerliche Bildungspolitik in der Stadt gestärkt.

JETZT handeln. SVP-Mitglied werden!

+

svp-zuerich.ch/mitmachen

SCHWEIZER
QUALITÄT

SVP ZÜRICH KREIS 6

Erfolgreicher Stand am Oberstrass Määrt

Bei strahlendem Sonnenschein fand am vergangenen Samstag der alljährliche Oberstrass Määrt im Kreis 6 statt.

Die SVP Zürich Kreis 6 hatte wieder ihren äusserst beliebten Stand mit Armbrustschiessen betrieben. Eine grosse Kinderschar und auch einige junggebliebene Erwachsene versuchten, den Apfel vom Podest zu schiessen. Die erfolgreiche Schützin oder der Schütze konnte mit einem schönen Apfel und Süßigkeiten als Preis weiterziehen. Für die ganz Kleinen haben wir rund 200 Ballone verteilt.

Neben den verschiedenen Ständen wurde auch ein grosser Kreis mit Sägemehl angelegt, wo viele Kinder beim Schwingen erste Erfahrungen sammeln konnten. Ein rundum gelungenes Fest!

Danke an die Standbetreiber Christian Neijzen, Beat Camen und Benedikt Hoffmann!

Walter Anken,
Gemeinderat & Präsident SVP Zürich Kreis 6



Zwei mutige Mädchen, welche die Herausforderung annehmen, den Apfel zu «tüpfen», und Christian Neijzen, der gerade dabei ist, die Armbrust erneut zu laden.

Bild: SVP Zürich Kreis 6

Infolge des altersbedingten Rücktrittes von Bruno Heinzelmann (SVP) aus dem Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) per 31. Dezember 2025 findet eine Ersatzwahl durch den Zürcher Kantonsrat statt. Der freiwerdende Sitz bleibt bei der SVP. Eine Findungskommission der SVP-Kantonsratsfraktion prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Fraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten.

Wir suchen per 1. Januar 2026 eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Verwaltungsrates (m/w) der EKZ (ca. 15%)

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden die 13 vom Kantonsrat gewählten - inklusive dem aus ihrer Mitte gewählten Präsidenten - und 2 vom Regierungsrat bestellten Verwaltungsräte das oberste Organ der EKZ. Diese werden vom Kantonsrat jeweils für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Die laufende Legislatur endet im Juni 2027. Eine Wiederwahl ist möglich.

Ihre Aufgaben im Verwaltungsrat umfassen die unmittelbare Aufsicht über die Geschäftsführung.

Hier geht's zum vollständigen Inserat mit Anforderungs- und Kompetenzprofil:



Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie an marlies.pfister@svp-zuerich.ch oder an Marlies Pfister, Fraktionssekretariat, SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf. Für Fragen steht Ihnen Kantonsrat André Bender unter gp.oberengstringen@bluewin.ch oder unter Tel. 079 403 68 49 zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 22. August 2025.

BEZAHLKARTEN FÜR ASYLSUCHENDE

Einheitliche Regeln statt kantonaler Flickenteppich

In seinem Bericht in Erfüllung der Postulate 24.3165 Friedli Esther vom 13. März 2024 und 24.3478 SPK-N vom 16. Mai 2024 hat der Bundesrat letzte Woche entschieden, dass Kantone Bezahlkarten für Asylsuchende ohne bundesgesetzliche Grundlage einführen können.

SB. Damit anerkennt die Landesregierung die Notwendigkeit, die Auszahlungspraxis in der Asylsozialhilfe zu überprüfen – überlässt die Umsetzung jedoch den Kantonen. Dieser Schritt ist zwar ein wichtiger Impuls, greift jedoch zu kurz: Um den Grundsätzen von Effizienz, Rechtsgleichheit und Missbrauchsvermeidung gerecht zu werden, braucht es Leitplanken für eine schweizweit einheitliche Lösung.

Instrument einer zielgerichteten Sozialpolitik

Die SVP setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen an Asylsuchende zweckgebunden erfolgt. Bezahlkarten bieten dafür ein geeignetes Instrument: Sie ermöglichen eine transparente Verwendung der Unterstützungsleistungen, reduzieren den Verwaltungsaufwand und minimieren das Risiko von missbräuchlichen Geldflüssen – etwa ins Ausland. Gleichzeitig stellen sie sicher, dass der Lebensbedarf der Betroffenen weiterhin gedeckt wird.

Ein Blick ins Ausland zeigt, dass vergleichbare Systeme in verschiedenen europäischen Ländern erfolgreich eingeführt wurden. Auch in einzelnen Schweizer Kantonen – etwa in Zug – laufen vielversprechende Pilotprojekte.

Zürcher Kantonsrat lehnte Einführung 2024 ab – neuer Anlauf angezeigt

Trotz der Vorteile einer Bezahlkarte scheiterte im Juni 2024 ein entsprechender Vorstoss im Zürcher Kantonsrat. Mit 94 zu 77 Stimmen wurde eine Motion abgelehnt, welche die Einführung eines solchen Systems forderte. Die Gegner verwiesen auf administrative Herausforderungen, rechtliche Unsicherheiten sowie den aus ihrer Sicht geringen Nutzen bei der aktuellen Unterstützungsgröße.

Mit dem jüngsten Entscheid des Bundesrates hat sich die Ausgangslage jedoch verändert. Die bundesrechtlichen



Bezahlkarten für Asylsuchende müssen so ausgestaltet sein, dass sie Missbrauch verhindern, zweckgebunden einsetzbar sind und schweizweit einheitlichen Mindeststandards folgen.

Bild: Pexels

Hürden, welche im Kantonsrat angeführt wurden, bestehen so nicht mehr. Der Bundesrat hält fest, dass für die Einführung von Bezahlkarten keine gesetzliche Änderung auf Bundesebene notwendig ist – eine rechtliche Umsetzung liegt im Kompetenzbereich der Kantone.

Vor diesem Hintergrund ist ein neuer politischer Anlauf in Zürich angebracht. Es liegt nun in der Verantwortung der kantonalen Behörden, ihre Rolle beim Vollzug konsequent wahrzunehmen und eine Lösung im Interesse der Steuerzahrenden und der Systemintegrität umzusetzen.

Föderalismus respektieren – aber nationale Leitplanken setzen

Der Bundesrat verweist in seiner Mitteilung auf die verfassungsmässige Kompetenzverteilung: Während der Bund gemäss Art. 121 der Bundesverfassung (BV) für das Ausländer- und Asylwesen zuständig ist, verbleibt die konkrete Ausgestaltung der Sozialhilfe weitgehend bei den Kantonen (Art. 46 Abs. 3 BV). Diese föderale Aufgabenteilung gilt als ausdrücklich als zentrales Element der Schweizer Staatsordnung anzuerkennen und zu wahren.

Gleichzeitig darf der Föderalismus nicht zu einem unübersichtlichen Flickenteppich führen, der die Kohärenz der Asylsozialhilfe untergräbt. Unterschiedliche kantonale Regelungen bei der Auszahlungspraxis bergen das Risiko erheblicher Ungleichbehandlungen und können Fehlanreize schaffen. Dies unterläuft den sozialen Ausgleich zwischen den Kantonen und erhöht den Druck auf leistungsfähige Regionen. Um eine koordinierte und gerechte Umsetzung sicherzustellen, soll der Bund im Rahmen seiner Sachkompetenz einheitliche Mindeststandards definieren – insbesondere mit dem Ziel, systematischen Missbrauch zu verhindern und eine faire Lastenverteilung zu gewährleisten.

Eckpfeiler einer nationalen Regelung

Um dem Zweck einer zielgerichteten, rechtsgleichen und effizienten Unterstützung gerecht zu werden, könnten folgende Grundsätze für eine schweizweite Regelung in Betracht gezogen werden:

- Begrenzung des Bargeldbezugs:** Die Bargeldabhebung über die Bezahlkarte soll auf einen bestimmten Minimalbetrag (beispielsweise pro Monat)

beschränkt werden. Der Rest der Unterstützungsleistung ist zweckgebunden einzusetzen.

2. Klare Definition der zulässigen Ausgaben: Die Bezahlkarte soll auf den Erwerb lebensnotwendiger Güter (zum Beispiel Nahrungsmittel, Hygienericht, ÖV-Tickets) beschränkt werden. Der Kauf von Alkohol, Tabak, Luxusgütern oder Prepaidkarten ist auszuschliessen.

3. Ausschluss von Geldüberweisungen ins Ausland: Die Karte muss so ausgestaltet sein, dass keine Auslandtransfers möglich sind.

4. Einführung von Sanktionsmechanismen bei Missbrauch: Bei Umgehungs-tatbeständen, etwa durch Tauschhandel, sollen Sanktionen möglich sein – bis hin zur Reduktion oder Streichung der Leistungen.

5. Verwaltungsökonomie wahren: Die Einführung darf nicht zu einer übermässigen administrativen Belastung führen. Die Umsetzung soll mit bestehenden IT-Systemen kompatibel und digital effizient ausgestaltet sein.

Verantwortung übernehmen – auf allen Ebenen

Es ist nun am eidgenössischen Parlament, die Rahmenbedingungen für eine koordinierte Umsetzung vorzugeben. In einem weiteren Schritt sollen die Kantone dazu «motiviert» werden, die Bezahlkarte einzuführen oder zumindest deren Anwendung zu prüfen. Zugleich sollten Kantone, die sich bisher gegen die Einführung ausgesprochen haben – wie etwa Zürich – ihre Position unter Berücksichtigung der neuen bundesrechtlichen Klarheit nochmals überdenken.

Vertrauen wiederherstellen

Die Bezahlkarte ist ein sachliches, praxisorientiertes Instrument, das sich an den Grundsätzen von Ordnung, Fairness und Transparenz orientiert. Der Entscheid des Bundesrates räumt grundlegende Zweifel an der Möglichkeit ihrer Einführung aus der Welt – nun liegt es an Politik und Verwaltung, rasch und koordiniert zu handeln.

Es ist an der Zeit für eine national abgestimmte Regelung, um der Entstehung eines Flickenteppichs entgegenzuwirken und Fehlanreize im Asylsystem zu vermeiden. Nur so kann das Asylchaos bekämpft und das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionierende und gerechte Asylpolitik langfristig wieder aufgebaut werden.



Die Partei des Mittelstandes

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbühlach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschihsüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Unendlich traurig, aber dankbar
für sein Schaffen und seinen Weitblick
müssen wir uns von unserem Gründungsmitglied



Richard Weilenmann

2. Juli 1939 – 19. Juni 2025

verabschieden.

Sein unermüdlicher Einsatz, seine klare Haltung und sein Herzblut für unser Dorf und unsere Werte haben unsere Partei entscheidend mitgeprägt.

Als Mitglied des Zürcher Kantonsrats vertrat er während einiger Jahren mit grossem Engagement die Anliegen der Bevölkerung. Mit seiner Bodenständigkeit und Beharrlichkeit setzte er sich für Verantwortung, die Landwirtschaft und vieles mehr ein.

Wir verlieren mit ihm nicht nur einen aufrichtigen Politiker, sondern auch ein treues Mitglied mit Rückgrat. Sein Wirken wird uns stets in Erinnerung bleiben.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und allen Angehörigen.

In stillem Gedenken
SVP Buch am Irchel

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, 3. Juli 2025, um 14.00 Uhr in der Kirche Buch am Irchel statt.

Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@widiart.ch.

Bezirk Bülach

Donnerstag, 3. Juli 2025, 18.00 Uhr, Zigarenabend, Don Alejandro's Cigar Lounge, Industriestrasse 12, Dietlikon, mit Nationalrat Thomas Matter. Kosten: 90 Franken mit Essen und Trinken. Anmeldung unter ralph.weber@bluewin.ch.

Bezirk Dietikon/Aesch

Donnerstag, 3. Juli 2025, 18.00 Uhr, Grillplausch, Mörgeli-Hof, Sägissen, Aesch.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2

Mittwoch, 2. Juli 2025, 18.45 Uhr, Polit-Anlass, Hotel St. Gotthard, Bahnhofstrasse 87, Zürich, mit den Nationalräten Alfred Heer und Benjamin Fischer.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 28. Juni 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 5. Juli 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12

Freitag, 4. Juli 2025, 19.00 Uhr, Grillfest, Klötihof, Probsteistrasse 61, Zürich-Schwendlingen, mit Nationalrat Martin Hübscher. Anmeldung bis 29. Juni 2025 unter bababolt@hotmail.com.

Junge SVP Kanton Zürich

Samstag, 28. Juni 2025, 13.00 Uhr, Flyer-Aktion, Bahnhof Stadelhofen, Zürich.

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWST. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zbv@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhald Wegelin; ROMÜ – Roland Müller. Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inserenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Arau.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 27. Juni 2025, 19:30 Uhr, Kulinarik und Unterhaltung, Haus der Freiheit, Landgasthaus Sonne, Wintersberg, Ebnat-Kappel SG, mit Ständerätin Esther Friedli, Alt Nationalrat Toni Brunner und Buchautor Andi Widmer. Kosten: 77 Franken. Anmeldung unter info@hausderfreiheit.ch.

Donnerstag, 3. Juli 2025, 19:30 Uhr, Vortrag «Wer bedroht die Schweiz? – Wer regiert die Schweiz?», Restaurant Guter Hirte, Marktgasse 5, Huttwil BE, mit Alt Nationalrat Ulrich Schlüter. Anschliessend Apéro.

Samstag, 5. Juli 2025, 11:00 Uhr, Vortrag «Zum 150. Todestag von Guillaume Henri Dufour», Mehrzweckhalle, Kasernenstrasse 15, Bern, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher. Anschliessend Imbiss.

Donnerstag, 10. Juli 2025, 19:30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Hesihalle, Untere Heslibachstrasse 33, Küsnacht.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesse am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

Richter/in mit Hauptsprache Deutsch

Bundesverwaltungsgericht - St. Gallen / 80%

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Sie sind als Richterin bzw. Richter deutscher Sprache am BVGer tätig.

Das macht Sie einzigartig

- Juristischer Hochschulabschluss, idealerweise Anwaltspatent
- Mehrjährige Berufserfahrung, vorzugsweise an einem kantonalen Gericht, in der Advokatur oder in der öffentlichen Verwaltung
- Fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Steuerbereich (Mehrwert-, Verrechnungs- und Stempelsteuer, Zoll, internationale Amtshilfe)
- Effiziente Arbeitsweise, Entschlussfreudigkeit, Teamfähigkeit und hohe Sozialkompetenz
- Führungskompetenz und Belastbarkeit
- Hauptsprache Deutsch, sehr gute Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und, idealerweise, gute passive Kenntnisse einer dritten Amtssprache
- Schweizerische Staatsangehörigkeit

Auf den Punkt gebracht

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Beschwerden gegen Verfügungen von Bundesbehörden. In bestimmten Sachbereichen ist das Gericht auch für die Überprüfung kantonaler Entscheide zuständig. Ausserdem urteilt es als Erstinstanz in Klageverfahren.

Das macht uns aus

Das Bundesverwaltungsgericht mit Sitz in St. Gallen behandelt Beschwerden, die gegen Verfügungen von Bundesbehörden erhoben werden. Die Mehrheit seiner Urteile wird abschliessend entschieden, und von den beim Bundesgericht anfechtbaren wird nur eine Minderheit weitergezogen. Die hohe Akzeptanz seiner Urteile ist vor allem auf die hohe Qualität und angemessene Behandlungsdauer zurückzuführen. Hierfür bietet es seinen Mitarbeitenden modernste Arbeitsplätze, flexible Zeitmodelle und ein dreisprachiges Arbeitsumfeld an.

Zusätzliche Informationen

Die Gerichtskommission misst einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen politischen Kräfte an den eidgenössischen Gerichten Bedeutung bei; In Anbetracht der zu besetzenden Stellen sind unter den Richterinnen und Richtern am Bundesverwaltungsgericht momentan die Mitte, die SVP und in geringerem Masse die SP untervertreten.

Bewerbungsfrist:

6. Juli 2025

Eintrittsdatum:

1. Januar 2026

Entlöhnung:

Lohnklasse 33 (je nach Alter und Erfahrung, vgl. Art. 5 der Richterverordnung, SR [173.711.2](#))

Fragen zur Bewerbung

Anne Dieu
Sekretärin der Gerichtskommission
Tel.: 058 322 94 26
GK.CJ@parl.admin.ch

Fragen zur Stelle

Sara Szabo
Generalsekretärin des Bundesverwaltungsgerichtes
Tel: 058 465 27 27
sara.szabo@bvger.admin.ch

Die nächsten Schritte

- Bewerbung mit komplettem Bewerbungsdossier inklusiv Angabe von Referenzpersonen (darunter mindestens zwei berufliche Referenzen) mit Telefonnummer, Liste Ihrer Publikationen, Straf- und Betreibungsregisterauszug
- Prüfung der Bewerbungen durch die Subkommission
- Anhörung durch die Plenarkommission
- Empfehlung an die parlamentarischen Fraktionen
- Vorschlag der Gerichtskommission
- Wahl während der Herbstsession 2025